

Von der Gesellschaftssteuerung zur sozialen Kontrolle

Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Soziologie in Theorie und Praxis

Von Wolfgang Streeck

Als ich anfang, Soziologie zu studieren, im Jahr 1966, habe ich mir das Fach mehr oder weniger als wissenschaftliche Anleitung zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorgestellt. Im Hintergrund meiner Entscheidung für die Soziologie stand eine Überzeugung, die sich irgendwie in den Teilen meiner Generation verbreitet hatte, die später die „68er“ genannt werden sollten: dass die demokratischen Freiheiten, die sozialen Rechte der „kleinen Leute“ und die neue Friedfertigkeit der damaligen Gesellschaft prekär waren und verteidigt werden mussten; dass dies von den damals Regierenden nicht unbedingt zu erwarten war; und dass ohne breite politische Beteiligung von unten die Katastrophen der nahen Vergangenheit, die man nicht mehr miterlebt hatte, deren Spuren aber noch überall zu besichtigen waren, sich wiederholen könnten. Von der Soziologie insbesondere erhoffte man sich Aufklärung über den tatsächlichen Charakter der Gesellschaft, in der man lebte: über das, was einem von denen, die Bescheid wussten, verschwiegen wurde, und darüber, welche Kräfte einer besseren Zukunft im Wege standen und wie man mit diesen fertig werden konnte – ein Wissen, das man an diejenigen weitergeben wollte, die noch keinen Zugang zu ihm hatten. Theoretische, politische und technische Fragen verschoben sich ineinander und waren am Ende nicht mehr zu unterscheiden: Wie war es um die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Nachkriegsgesellschaft bestellt? Wer regierte wirklich? Was stand hinter dem Antikommunismus der Lehrpläne und der herrschenden Rhetorik? Was musste man lernen, was musste wer tun, um autoritäre Traditionen zu beenden, den gesellschaftlichen Fortschritt voranzubringen und der Ungleichheit der Klassenlagen und Lebenschancen ein Ende zu setzen?

Über ein Fach, das man gerade zu studieren beginnt, kann man nicht viel wissen.¹ Das gilt vor allem, wenn man, wie viele damals, ich auch, aus

* Abschiedsvorlesung als Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 30.10.2015.

1 So ahnten wir nichts von der Blütezeit der deutschen Soziologie unter dem Nationalsozialismus; machten uns die Soziologie als sozialistische Revolutionstheorie zurecht, hielten Freyer und Gehlen für bizarre Randerscheinungen in einer Disziplin, in der sie eigentlich nichts zu suchen hatten (auch, weil Adorno seinen tiefen Respekt für Gehlen für sich behielt), und sahen in jemandem

„bildungsfernen“ familiären Verhältnissen stammt. Die Erwartungen, die manche in meiner Generation an die Sozialwissenschaften hatten, waren anspruchsvoll, man darf sagen: unrealistisch anspruchsvoll. Eine Zeit lang wirkten sie auf das Selbstverständnis vor allem der Soziologie zurück, die sich als kommende Leitwissenschaft einer modernen und sich weiter modernisierenden Industriegesellschaft zu fühlen begann – als wissenschaftliche Methode nicht nur zur Ermittlung der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch zur Unterscheidung zwischen guten und schlechten, zukunftssträchtigen und zukunfthemmenden Entwicklungen, und als privilegierte Lieferantin theoretischen Wissens, mit dessen Hilfe sich politische Strategien und administrative Sozialtechnologien zur Verwirklichung erstrebenswerter gesellschaftlicher Zustände entwickeln ließen. Soziologie versprach eine Politik, die ihre Gesellschaft als Gegenstand planmäßiger rationaler Umgestaltung zu behandeln vermochte, unter Einsatz eines demokratischen Staates, durch den hindurch eine durch Wissenschaft handlungsfähig gemachte Gesellschaft auf sich selber würde einwirken können. Soziologie sollte die moderne Gesellschaft in die Lage versetzen, die Blindheit eines als Nebenfolge unkoordinierten individuellen Handelns zustande kommenden sozialen Wandels durch Aufbau zu bewusstem Ansteuern bewusst gewählter kollektiver Ziele fähiger kollektiver Akteure zu überwinden. In Kürze: Soziologie wurde gesucht und bot sich an als Lehre von der wissenschaftlich-vernünftigen Steuerung moderner Gesellschaften.

Steuerungsoptimismus als soziologischer Traditionsbestand

Niemand kann behaupten, dass dies nicht in ihrer Tradition gelegen hätte. Schon Comte, ihr Gründer, hatte Soziologie als praktische Fortschrittswissenschaft konzipiert: als wissenschaftliche Anleitung zum Neu- und Umbau einer post-traditionalen Gesellschaft, im Dienst der Vernunft als Göttin der Moderne. Comtes Schüler Durkheim hatte dafür die ontologische Begründung geliefert, indem er Gesellschaft zur Realität *sui generis* erklärte, die nur mit Hilfe einer Wissenschaft *sui generis*, der Soziologie, verstanden und notfalls repariert werden konnte.² Und Notfälle konnten jederzeit eintreten: eine Garantie, dass die sozialen Strukturen der sich rasch ausbreitenden modernen Gesellschaft von alleine so werden würden, dass sie ihre Funktionen füreinander und für ihre Mitglieder erfüllten, gab es nicht. Wie „pathologische“ Abweichungen von dem zu erkennen und zu berichtigen waren, was die Soziologie als „normal“ identifiziert hatte³, das zu wissen war der Beruf des Soziologen als Lehrer und Berater des Sozialingenieurs. Nicht alle Soziologen

wie Schelsky eine Art von sozialdemokratischem Jugendforscher und Universitätsreformer. Aufklärung über das Ausmaß unserer Missverständnisse gab es erst später, jedenfalls nicht während eines Frankfurter Soziologie-Studiums in den 1960er und 1970er Jahren, vgl. Alexandra Schauer und Silke van Dyk, 2010: Die DGS und der Nationalsozialismus, in: „Soziologie“, 4/2010, S. 411-424 sowie Silke van Dyk und Alexandra Schauer: „...daß die offizielle Soziologie versagt hat“: Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS, Essen 2010.

2 Emile Durkheim, Die Regeln der soziologische Methode. Frankfurt a. M. 1984 [1894].

3 Ders., Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a. M. 1977 [1893].

des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sahen das so – siehe Max Weber – aber doch viele, und man kann Marx, und in seinem Kielwasser Engels und Lenin mit ihrem „wissenschaftlichen Sozialismus“, hier durchaus einschließen.

Der Wissenschafts- und, wenn man so will, Steuerungsoptimismus der Soziologie überlebte bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Seinen Höhepunkt erreichte er in den Vereinigten Staaten während des *Progressive Movement* und des *New Deal* und, vor allem, des Zweiten Weltkriegs, als Wissenschaft als Schlüssel zum Sieg im Überlebenskampf der angelsächsischen Demokratien galt. Auch die Sozialwissenschaften konnten nicht anders, als sich der Herausforderung zu stellen, durch Forschung an den Grenzen ihres Wissens dazu beizutragen, dass der Krieg gewonnen wurde.⁴ Nichts und niemand wurde ausgeschlossen: Psychologie, Sozialpsychologie, Betriebswirtschaftslehre (mit der neuen Disziplin des *operations research*) und Arbeitsbeziehungen bis hin zur Anthropologie und soziologischen Systemtheorie. Dass es sich dabei um anwendungsorientierte, auf praktischen Nutzen gerichtete Forschung handelte und handeln musste, konnte unter den gegebenen Umständen nicht streitig sein. Anders als in der vorwissenschaftlichen Vergangenheit jedoch sollte es in dem nun angebrochenen neuen, wissenschaftlich-technischen Zeitalter nicht um pragmatische, Versuch und Irrtum abgewonnene Faustregeln gehen, sondern um abstraktes theoretisches Wissen, formuliert in Kausalmodellen aus analytischen Variablen, deren Zusammenhänge sich im Idealfall quantifizieren ließen – also um empirisch basierte und methodisch gesicherte, auf praktische Probleme hin spezifizierbare allgemeine Erkenntnisse. Später, im Rückblick, sollte der Bau der Atombombe zum Musterfall dieser Art von wissenschaftlich begründeter Technik erklärt werden: die Konstruktion einer Maschine, wie es sie noch nie gegeben hatte, auf der alleinigen Grundlage von theoretischen Modellen jenseits aller Alltagserfahrung.

Ein für das Max-Planck-Institut besonders interessantes Beispiel für den konstitutiven Anwendungsbezug moderner sozialwissenschaftlicher Theorien, auch solcher, die uns heute vollkommen praxisfern erscheinen, sind die Ursprünge dessen, was wir als historischen Institutionalismus oder *comparative historical analysis* bezeichnen, in der Kriegsmaschinerie der Vereinigten Staaten vor und nach 1945.⁵ Schon vor dem Kriegseintritt befassten sich die in Entstehung begriffenen Geheimdienste der USA mit der Frage, wie es dazu gekommen sein konnte, dass Deutschland zu einer aggressiven faschistischen Diktatur geworden war und was dies für die Strategie der USA zu bedeuten hatte. Die zuständige Abteilung des Office for Strategic Studies (OSS), Vorläufer der CIA, stützte sich dabei auf die Kenntnisse zahlreicher in die USA geflohener europäischer Sozialwissenschaftler, darunter Karl Deutsch, Otto Kirchheimer, Herbert Marcuse und Franz Neumann. Amerikanische Fachkollegen, die als Deutschlandkenner galten, unter ihnen

4 Ähnliches gilt, wie wir nun wissen, auch für das damalige Deutschland. Ich beziehe mich hier vor allem auf die USA, weil die Soziologie, die meine Generation zu studieren glaubte, sich uns als in Deutschland traditionslos und aus den USA importiert, oder bestenfalls re-importiert, darstellte.

5 Siehe zum Folgenden: Wolfgang Streeck, *Comparative Historical Analysis: Past, Present, Future*, in James Mahoney und Kathleen Thelen (Hg.), *Comparative Historical Analysis* Cambridge 2015.

Talcott Parsons, wurden zusätzlich herangezogen, um über den Umgang mit Deutschland nach einem gewonnenen Krieg nachzudenken, und insbesondere darüber, ob und wie das Land dauerhaft demokratisch umerzogen werden konnte. Die dabei entstandenen Arbeiten waren teilweise von hohem theoretischen Niveau und wurden nach der Demobilisierung an Universitäten wie Harvard und Columbia zum Gründungskapital weltweit vorbildlicher sozialwissenschaftlicher Forschung.

Besonders wichtig für die spätere Entwicklung der Sozialwissenschaften wurde die Zusammenarbeit und persönliche Freundschaft zwischen Herbert Marcuse und Barrington Moore, die in der Forschungsabteilung des OSS begonnen hatte.⁶ In der Zeit des Kalten Krieges wandten sich Moore und Marcuse der Untersuchung der Sowjetunion zu, wie schon bei Deutschland unter der Fragestellung, ob es sich bei dieser um eine zu Frieden und friedlicher Entwicklung fähige Variante der modernen Industriegesellschaft handelte. Einer ihrer Widersacher war der deutsche Emigrant und ehemalige Parteikommunist Karl Wittfogel, wie Marcuse vor 1933 Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung. Wittfogel, Professor an der University of Washington in Seattle, vertrat die These, dass Sowjetrußland eine „asiatische“, von Westeuropa und den USA grundverschiedene Gesellschaft war, die zu Konvergenz mit dem Westen unfähig war und von außen zur Umkehr gezwungen werden musste.⁷ Die Kontroverse wurde unter interessierter Beobachtung durch die Organe der amerikanischen Außenpolitik und die einflussreichen großen Stiftungen der Ostküste ausgetragen, mit bemerkenswert differenzierten historischen, empirischen und theoretischen Argumenten, die sich unter anderem aus der Marxschen und Weberschen Tradition Vorkriegseuropas speisten. Dass Marcuse und Moore sich bald in die Einsamkeit und Freiheit der amerikanischen Eliteuniversitäten zurückzogen, war kein Abschied der Theorie von der Praxis, sondern umgekehrt einer veränderten Praxis von einer sich selbst treu gebliebenen Theorie.

Soziologie als politische Theorie: Die 60er Jahre

Die 1960er Jahre waren die hohe Zeit politikorientierter sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung in den USA, weit über die vergleichende historische Makrosoziologie hinaus, die in Harvard mit Moores 1966 erschienenem schulbildendem Buch über die sozialen Ursprünge von Demokratie und Diktatur weiterging.⁸ Die Verwissenschaftlichung von Politik und Gesellschaft hatte sich, so die allgemeine Überzeugung, im Zweiten Weltkrieg bewährt; nun drang sie auf breiter Front in den sozialen und politischen Alltag vor. Zu den zentralen Themen gehörten die Bedingungen stabiler Demokratie nach amerikanischem Muster in den USA selber und welt-

6 Tim B. Müller, *Krieger und Gelehrte: Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg*, Hamburg 2010.

7 Vgl. Karl A. Wittfogel, *Oriental Despotism: A Comparative Study of Total Power*. New Haven 1957.

8 Barrington Moore, *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, Boston 1966.

weit; führend waren hier die Arbeiten von Seymour Martin Lipset zuerst über Gewerkschaften und dann über ganze Gesellschaften. Die Grenzen zu einer wissenschaftlich angeleiteten, innen- wie außenpolitischen antikommunistischen Praxis waren dabei durchaus fließend.⁹ Später, unter dem Vorzeichen der *Great Society*, ging es zunehmend auch um die Neuordnung der amerikanischen Gesellschaft selber, nicht zuletzt um den Um- und Ausbau der Institutionen des *New Deal* angesichts neuer Herausforderungen, vor allem durch die Bürgerrechtsbewegung im Süden, und allgemein um die Verfeinerung des Planungs- und Durchsetzungsrepertoires der mit der Sicherung von Wohlstand und innerem Frieden, aber auch mit der Pazifizierung der Grenzgebiete des amerikanischen Imperiums betrauten staatlichen Institutionen, wobei Wissenschaft gleichermaßen für den *War on Poverty* und die präventive wie kurative Aufstandsbekämpfung („*counterinsurgency*“) im globalen Süden in Anspruch genommen wurde.

Die amerikanischen Sozialwissenschaften der Nachkriegszeit hatten sich wie selbstverständlich in den Dienst einer wissenschaftlich angeleiteten Steuerung der, wie das damals überall hieß, modernen Industriegesellschaft stellen lassen. Von ihnen erhoffte sich die Politik, dass sie politische und industrielle Konflikte, die aus der Perspektive der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ als irrational und überholt erschienen, durch technische Problemlösungen überflüssig machen würden; das von den Sozialwissenschaften selber hierfür erfundene Schlagwort hieß „Entideologisierung“. Deren Programm fasste John F. Kennedy 1962 in einer berühmt gewordenen Rede vor Studenten der Elite-Universität Yale wie folgt emblematisch zusammen: „Auf dem Spiel steht nicht etwa eine Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Ideologien, sondern das praktische Management der modernen Wirtschaft. Was wir brauchen, sind nicht Schubladen und Klischees, sondern eine grundlegendere Erörterung der komplexen und technischen Fragen, die eine große Wirtschaftsma­schinerie am Laufen halten. Wir brauchen technische, keine politischen Antworten.“¹⁰ Dabei richteten sich die Hoffnungen von Theoretikern und Praktikern gleichermaßen auf die neuen Rechenmaschinen, die versprachen, komplexe Problemlagen und Prozesse, die sich bisher zielorientierter Kontrolle entzogen hatten, durchschaubar und beherrschbar zu machen. Der wissenschaftliche und praktische Gestaltungsoptimismus der damaligen Vereinigten Staaten wirkte machtvoll auf das alte Europa zurück, wo der Wiederaufbau der Sozialwissenschaften nach Krieg und Diktatur unter amerikanischen Vorzeichen stattfand, vermittelt sowohl über die Rückkehr der ehemaligen Emigranten mit ihren amerikanischen Erfahrungen als auch über die Ausbildung einer neuen Generation von Soziologen und Politikwissenschaftlern an den Elite-Universitäten der USA.

9 Lipsets politische Soziologie lief auf die Behauptung einer untrennbaren Einheit zwischen Kapitalismus und Demokratie hinaus, die eine formalistische Revision des Demokratiebegriffs voraussetzte; vgl. Seymour Martin Lipset, *Political Man: The Social Bases of Politics*, Garden City/New York 1963 [1960]; ders., Martin A. Trow und James S. Coleman, *Union Democracy: The Internal Politics of the International Typographical Union*. New York 1977 [1956].

10 Commencement Address, Yale University, 1962, zit. nach Robert Reich, *Supercapitalismus*. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt, Frankfurt a. M. 2008, S. 70f.

1972 allerdings, als ich, um den Frankfurter Querelen¹¹ zu entgehen, als *graduate student* an die Columbia University wechselte, hatte die Hoffnung auf eine sozialwissenschaftlich rationalisierte Politik ihren Zenit bereits überschritten. Das Ende Lyndon Johnsons, das Scheitern der Pazifizierungsstrategien in den Ghettos, an den Universitäten und in Vietnam, die endlosen Auseinandersetzungen über die Umsetzung der neuen Sozialprogramme und, schließlich, die Übernahme der Präsidentschaft nach den Wahlen von 1968 durch Richard Nixon verwiesen auf Konfliktlagen, die sich wissenschaftlich-technokratischer Rationalisierung entzogen und stattdessen in traditionellen politischen Machtkämpfen Ausdruck suchten. Nixon brauchte keine sozialwissenschaftlichen Theorien, um zu wissen, wie er mit seinen Gegnern umzuspringen hatte, und das galt für diese genauso. Die Watergate-Affäre, die man damals täglich im Fernsehen und in der *New York Times* verfolgen konnte, zerstörte endgültig das Urvertrauen der Amerikaner in den guten Willen ihrer politischen Führung; wirklich zurückkommen sollte es bis heute nicht. Dass die fundamentalen Probleme der amerikanischen Gesellschaft nach innen und außen durch überlegenes wissenschaftliches Wissen in den Händen ihres Regierungsapparats zu lösen sein sollten, stellte sich mehr und mehr als selbstinteressierter Tagtraum einer Machtelite heraus, die sich ihre Bürger als dankbare Empfänger zugemessener Belohnungen dachte und wünschte: bereit, geduldig abzuwarten, bis die Planung von ihnen Notiz nehmen und ihnen das Ihre anweisen würde. Man musste nur einmal mit dem Bus durch die South Bronx fahren, um zu verstehen, wie unrealistisch, ja irrational der politische Rationalismus der 60er Jahre in Wirklichkeit gewesen war.¹²

Das Elend des Positivismus

Es kann hier nicht darum gehen, die Ursachen für das Scheitern des amerikanischen Steuerungsoptimismus in den 1970er Jahren im Einzelnen nachzuzeichnen.¹³ Eine wichtige Rolle spielte die Unmöglichkeit, einer von Interessenkonflikten fragmentierten und nach innen wie außen hoch gewaltbereiten Gesellschaft gemeinsame Ziele nach Maßgabe einer Theorie gesellschaftlicher Entwicklung wissenschaftlich-objektiv zu- und vorzuschreiben. Zielentscheidungen lassen sich nicht wegrationalisieren oder gar Computermodellen übertragen; selbst wo sie wie immer auch demokratisch zustande gekommen sein mögen, können sie überdies von mächtigen Son-

¹¹ Die ich hier nicht (auch noch) behandeln kann.

¹² So war denn schon Mitte der 60er Jahre ein so prominenter Vertreter des liberalen Establishments der USA wie Barrington Moore so weit, dass er am Ende seines großen Buches darüber räsonierte, ob nicht auch die USA in ihrer damaligen Verfassung revolutionärer Gewalt bedürften, um sich demokratisch weiterzuentwickeln. Siehe Barrington Moore, *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, Boston 1966, S. 508.

¹³ Siehe hierzu nunmehr Ariane Leendertz, *Gesellschaftliche „Komplexität“ als intellektuelle und politische Herausforderung in den 1970er Jahren*, in: dies. und Wencke Meteling (Hg.), *Die neue Wirklichkeit: Bezeichnungsvolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik seit den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M. 2015.

derinteressen im Prozess ihrer Verwirklichung sabotiert werden. Technokratische Steuerungsmodelle unterstellen der zu steuernden Gesellschaft allgemein geteilte, sich von selber verstehende Ziele und neigen dazu, andere Ziele als die von ihnen unterstellten als irrational zu delegitimieren – wie etwa das unvernünftige Bestehen der Vietnamesen darauf, sich selber zu regieren, wo es ihnen doch als Teilhaber am „amerikanischen Traum“ so viel besser hätte ergehen können. Auch übersehen sie, dass darüber, was ein zu lösendes Problem ist, nicht notwendig Einigkeit besteht: des einen Problem kann des anderen Lösung sein, und die Lösung eines Problems kann zu einem Problem für die Lösung eines anderen werden.

Hinzu kommt, dass positivistische sozialwissenschaftliche Theorien die Realität menschlicher Gesellschaften ontologisch missverstehen. Nomothetische Formulierungen kausaler gesellschaftlicher Zusammenhänge klammern aus, dass Gesellschaften die über sie produzierten Theorien zur Kenntnis nehmen, strategisch auf sie reagieren und dadurch ihre Revision erzwingen oder sie gar außer Kraft setzen können. Steuerungstheorien krankten deshalb nicht nur daran, dass sie die Sollwerte ihrer Modelle als gegeben voraussetzen,¹⁴ obwohl diese regelmäßig Gegenstand von Interessenkonflikten sind, sondern sie tendieren auch dazu, Gesellschaften als unbelebte Natur zu modellieren, also passiv und gehorsamsbereit. Menschliches Handeln ist aber insofern immer reflexiv, als Menschen ihrem Handeln zugeschriebene Gesetzmäßigkeiten als an sie gerichtete Erwartungen interpretieren können, gegen die sie sich wehren und die sie enttäuschen können. Systemische Objektivität gibt es deshalb nur unter kontingenten Voraussetzungen erzwungener oder freiwilliger Disziplin. Eine positivistische Theorie der Gesellschaft, die diese als lebloses Objekt behandelt, scheitert nicht nur an der faktischen Komplexität ihres Gegenstands, sondern auch und vor allem an der „Kreativität des Handelns“¹⁵, von der Sozialwissenschaftler wie Sozialingenieure ständig neu überrascht werden – etwa im Vietnamkrieg, den die mit ausgefeiltester Wissenschaft jeglicher Art bewaffnete amerikanische Kriegsmaschine schmählich verlor.

Anfang der 1970er Jahre fanden das praktische Scheitern und die theoretische Unzulänglichkeit der verschiedenen Spielarten sozialwissenschaftlich-positivistischer Steuerungstheorien Ausdruck in einer neuen Blüte „radikaler“ – im Klartext: mehr oder weniger marxistischer – Soziologie, vor allem bei Studenten, begleitet von einem Rückzug der führenden Departments aus anwendungsorientierter Forschung in mehr oder weniger „reine“ Theorie. An der Columbia University standen dafür Robert K. Merton und Peter Blau, während Amitai Etzioni, zu dessen zahlreichen *research assistants* ich

14 Entweder nach Art herkömmlicher Modernisierungstheorien, die über das, was „modern“ und damit Ziel und Sollwert gesellschaftlicher Entwicklung ist, nicht in Zweifel sind, oder indem sie sich in Bezug darauf, wohin gesteuert werden soll, agnostisch verhalten und die Zielbestimmung dezinonistisch offenlassen, sie sich also etwa von der gewählten Regierung oder einer demokratischen Mehrheit vorgeben lassen. Wer die Sollwerte einer Gesellschaft weder als objektive Fortschrittsziele aus modernisierungstheoretischen Entwicklungsgesetzen ablesen noch sich von exogenen Dezierionen irgendwelcher übergeordneter Instanzen vorgeben lassen will, muss sich an Modellen für eine Rationalisierung von politischen Wert- und Zielentscheidungen versuchen.

15 Hans Joas, *The Creativity of Action*, Cambridge 2005.

gehörte, noch auf eine Renaissance der Policy-Forschung hoffte.¹⁶ Das von ihm aufgebaute und geleitete Center for Policy Research arbeitete unverdrossen weiter an New Deal-Themen, etwa einer Verbesserung der Regulierung privater Pflegeheime, und Etzioni selber unterhielt enge Beziehungen zu dem damaligen Senator Walter Mondale, für viele der letzte Bannerträger einer amerikanischen Sozialreform. Mondale wurde 1976 Vizepräsident unter Carter, und Etzioni war bis zur Niederlage Carters gegen Reagan 1980 innenpolitischer Berater im Weißen Haus. 1984 kandidierte Mondale gegen Reagan und verlor; mit seiner Niederlage endeten alle Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der sozialwissenschaftlich inspirierten Reformpolitik der 1960er Jahre.

Das »moderne Deutschland« schaffen: Die Sozialwissenschaften und die sozial-liberale Koalition

In Deutschland hinkte die Entwicklung wie immer der in Amerika um ein gutes Jahrzehnt hinterher. Mit der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition 1969 waren die Würfel zugunsten dessen gefallen, was die SPD im Wahlkampf als das „moderne Deutschland“ zu „schaffen“ versprochen hatte. Modernisierung war Ziel und Mittel zugleich, galt weithin als überfällig, und was sie bedeutete, erschien klar: keynesianische „Globalsteuerung“ in der Wirtschaftspolitik und „Reformen“, etwa in Schulen und Universitäten, die zusammen aus Deutschland nach der Restauration unter Adenauer und der Stagnation unter Erhard eine „moderne Industriegesellschaft“ machen sollten.

Die Sozialwissenschaften, vor allem was 1968 und danach von ihnen sichtbar geworden war, galten als natürliche Verbündete der Reformkräfte, die sich daran machten, so der Slogan der sozialliberal gewendeten FDP, die „alten Zöpfe“ abzuschneiden. Wer diese behalten wollte, kam sehr bald auf die Idee, das ganze Programm mit den neomarxistischen Gedankenspielen zu identifizieren, die damals an den Universitäten in Mode waren. „Soziologendeutsch“ wurde zum Erkennungsmerkmal des kommunistischen Feindes von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft, etwa in den Verlautbarungen des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, in denen das Reformprogramm der neuen Bundesregierung als Ausgeburt der „kritischen“, also neomarxistischen Soziologie Frankfurter und später auch Starnberger Provenienz beschrieben wurde.¹⁷

16 Etzionis Buch von 1968, *The Active Society*, erscheint mir bis heute als die theoretisch fortgeschrittenste Version einer soziologischen Steuerungstheorie. Auch Etzioni scheiterte jedoch an der Frage, wer bestimmt oder bestimmen soll, wohin gesteuert wird, und an dem Versuch, die Richtung des Fortschritts der „aktiven Gesellschaft“ theoretisch vorzugeben. Seine Lösung, die nur wenig Anklang fand, bestand im Wesentlichen in einem Rückgriff auf psychologische Vorstellungen von biologisch verankerten Bedürfnishierarchien in Anlehnung an ein existenzphilosophisches Konzept von Authentizität.

17 Ariane Leendertz, „Finalisierung der Wissenschaft“: Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik, in: „Mittelweg“, 4/2013, 93-121; Dies., Medialisierung der Wissenschaft: Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969-1981), in: „Geschichte und Gesellschaft“, 4/2014.

Damit war der Streit über die Ziele wissenschaftlich informierter Politik auch in Deutschland angekommen. Der von der Wucht des Gegenschlags konsternierten soziologischen Profession fiel dazu nichts anderes ein, als sich, lange vergeblich, als „empirische“, „zweckfreie“ und damit harmlose, vielleicht sogar beruhigend langweilige Normalwissenschaft darzustellen, in der Hoffnung, durch strikte „Professionalisierung“ in der Rolle dessen, was Adorno einmal spöttisch „Hilfswissenschaft der Verwaltung“ genannt hatte, zu öffentlicher Anerkennung, Forschungsmitteln und Arbeitsplätzen für ihre Absolventen zu kommen.

Auch das, was später Steuerungstheorie werden sollte, war darauf bedacht, von „kritischer“ oder gar „radikaler“ Soziologie oder Politikwissenschaft Abstand zu halten. Ihr Ursprung lag in den Rechts- und Verwaltungswissenschaften, wenn auch auf deren progressivem Flügel, der mit der neuen Regierung sympathisierte und zu Recht befürchtete, dass der ererbte Regierungsapparat weder in der Lage noch bereit sein würde, die ihm nun vorgegebenen Reformziele zu verwirklichen. Diese Befürchtung wurde von der Regierung geteilt, und so sollte ein Beitrag der Sozialwissenschaften zum „modernen Deutschland“ darin bestehen, den Staatsapparat zu einem effektiven Instrument von Reformpolitik um- und aufzurüsten. Die damalige Organisationssoziologie war hier ebenso gefragt wie die in den USA seit einiger Zeit betriebene Forschung über die Implementation von Regierungsprogrammen, die sich mit der Frage befasste, wie sichergestellt werden konnte, dass sich Politiken im Vollzug nicht bis zur Unkenntlichkeit veränderten. Konkret ging es um Themen wie die Brechung des Juristenmonopols in der öffentlichen Verwaltung, die Stärkung des Kanzleramts gegenüber den Ministerien, die Ersetzung starrer Abteilungen durch flexible Projektgruppen usw. Bekanntlich scheiterte schon diese, hausinterne Reform. Dasselbe Schicksal ereilte Bemühungen, das Verhältnis zwischen Bund und Ländern mit dem Ziel einer Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Bundes zu verändern – von der Universitäts-, Gesundheits- und beruflichen Bildungspolitik gar nicht zu sprechen.

Steuerungstheorie und »Kampagnenforschung«

Die Geschichte der Nutzung der Sozialwissenschaften für progressive Gesellschaftsreform in Deutschland blieb kurz. Von 1976 an arbeitete ich an dem von Fritz Scharpf geleiteten International Institute of Management am Wissenschaftszentrum in Berlin, wo unser Ziel war, die Übertragung der damals als vorbildlich geltenden „aktiven“ Arbeitsmarktpolitik Schwedens nach Deutschland wissenschaftlich vorzubereiten. Ich erinnere mich, wie Fritz uns des Öfteren vorhielt, dass wir nicht bezahlt würden, um kluge Artikel zu schreiben, sondern dafür, die sich abzeichnende Misere einer sich verfestigenden strukturellen Arbeitslosigkeit beheben zu helfen – wir nannten das „Kampagnenforschung“. Ein paar kluge Artikel haben wir trotzdem geschrieben, und sie sind auch das Einzige, was von unseren ein gutes Jahrzehnt umspannenden Anstrengungen geblieben ist. Heute gibt es die schwedische

Arbeitsmarktpolitik von damals nicht mehr, und nachdem es den Deutschen nicht gelungen war, die Schweden nachzumachen, sehen die Schweden heute zu, wie ihr Arbeitsmarkt dem deutschen immer ähnlicher wird.¹⁸

Nicht, dass die „Steuerungstheorie“ nicht versucht hätte, aus ihrem Scheitern zu lernen. Am von Renate Mayntz als Gründungsdirektorin geleiteten Kölner Max-Planck-Institut, zu dessen Vorläufern die Projektgruppe Verwaltungsreform der sozialliberalen Bundesregierung gehörte und an das Fritz Scharpf 1986 überwechselte, ging man von der gesamtgesellschaftlichen Betrachtung zu einer Differenzierung nach Sektoren über und löste sich von der noch aus der Verwaltungswissenschaft stammenden etatistischen Sichtweise, indem man die „Selbstorganisation“ der zu steuernden Sektoren in das Steuerungszentrum gewissermaßen kooptierte, konzeptionell wie durchaus auch präskriptiv. Der Staat wurde so zum Architekten einer Arena, in der die kollektiven Akteure eines Sektors unter kluger Regie der Regierung so miteinander verhandeln mussten und konnten, dass am Ende ein gemeinwohlverträgliches Ergebnis herauskam – das jedenfalls war die Idee. Steuerung durch Verhandeln statt durch Anordnen und Umsetzen war die Parole, und die Theorie dazu hieß nun „akteurzentrierter Institutionalismus“¹⁹. Hier tauche auch ich wieder auf, nämlich 1995 nach meiner zweiten Rückkehr aus den USA als Nachfolger von Renate Mayntz und Kollege von Fritz Scharpf. Was ich damals mit- und einbrachte waren wohl in erster Linie meine von der Tarifautonomie inspirierten Untersuchungen über *the public use of private organized interests*, die ich schon am WZB begonnen hatte und aus der mein Beitrag zur Theorie des Korporatismus als Modus gesellschaftlicher Steuerung und Ordnungsstiftung geworden war, also der Einbindung von organisierten Interessen in institutionalisierte Verantwortungssysteme, in denen es zum Eigeninteresse der beteiligten Organisationen werden sollte, ihre jeweilige *logic of membership* mit einer durch staatliche Rahmensetzung integrativ gestalteten *logic of influence* übereinzubringen.

Auch die korporatistische Ergänzung des Etatismus der Steuerungstheorie konnte das Projekt jedoch nicht retten. Gewissermaßen unter unseren Augen verloren die Gewerkschaften weltweit an Mitgliedern und Macht; die Tarifvertragssysteme – unser wichtigstes Beispiel für sozialverträglich delegierte Entscheidungsmacht an organisierte Interessen – brachen zusammen oder wurden im Namen einer neoliberalen „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte von der staatlichen Politik zerlegt; Arbeitgeberverbände weigerten sich, weiterhin als private Interessenregierungen unter staatlicher Lizenzierung zu agieren usw.²⁰ Auch hier war der Bruch besonders deutlich in Schweden, dem Musterland des demokratischen Korporatismus. Damit endete nun auch die *Steuerungstheorie*, nachdem die *Steuerungseuphorie* sich schon lange ver-

18 Philip Mehrrens, Staatsschulden und Staatstätigkeit: Zur Transformation der politischen Ökonomie Schwedens. Frankfurt a. M. 2014.

19 Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: dies., (Hg.), Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a. M. 1995, 39-72.

20 Wolfgang Streeck, The Study of Interest Groups: Before 'The Century' and After, in: Colin Crouch und Wolfgang Streeck (Hg.), The Diversity of Democracy: Corporatism, Social Order and Political Conflict. London 2006, 3-45.

abschiedet hatte. In der deutschen Soziologie und Politikwissenschaft wurde dies weithin als Sieg des Luhmannschen systemtheoretischen Dogmas registriert, wonach in modernen, funktional „ausdifferenzierten“ Gesellschaften jedes Subsystem nach seiner eigenen Logik funktioniert und deshalb nur selbstbezogene Zielwerte realisieren kann, weshalb keines von ihnen, einschließlich Politik und Wirtschaft, die anderen und die Gesellschaft als ganze zu „steuern“ vermag. Den Kölner pragmatisch-empirischen Argumenten für die Möglichkeit einer aktiven gesellschaftsgestaltenden Politik, noch beim Politologentag 1988 von Scharpf in öffentlicher Debatte mit Luhmann vorgetragen,²¹ hatte die historische Entwicklung den Boden entzogen. Als Mayntz und Scharpf im Jahre 2004 ausgerechnet den Luhmann-Preis der Stadt Bielefeld erhielten, konzedierten sie ihre Niederlage, allerdings ohne sich Luhmanns Erklärung derselben zu eigen zu machen: aus ihrer Sicht war nicht eine naturgesetzlich steigende funktionale Differenzierung der modernen Gegenwartsgesellschaften für deren zurückgehende Steuerbarkeit verantwortlich, sondern die „Globalisierung“ von Wirtschaft und Politik und die von ihr bewirkte Entmachtung des Nationalstaats – eine historisch-kontingente statt einer ontologisch-metaphysischen Erklärung.²² Dieser Gedanke schlug sich dann auch im damals erneuerten Forschungsprogramm des Kölner Max-Planck-Instituts nieder, das erstmals Institutionen als eingebettet in Märkte statt Märkte als eingebettet in staatliche und nichtstaatliche Institutionen behandelte.

Der Siegeszug des Neoliberalismus...

Während in Deutschland die Sozialwissenschaften im Gefolge der Luhmannschen Systemtheorie allen Steuerungsambitionen abschworen, nahm von ihnen unbemerkt eines der radikalsten Steuerungsprojekte der Geschichte seinen erfolgreichen Lauf: die weltweite Liberalisierung des demokratischen Kapitalismus. Leitwissenschaft war diesmal die Ökonomie, und Ziel war der planmäßige Abbau gesellschaftlicher Institutionen kollektiver Zielsetzung und Selbststeuerung zum Zweck der Freisetzung und Entblößung der Individuen für den ungehinderten Zugriff von Marktanreizen. Die Rede von der „Globalisierung“ war ein Versuch, den Wandel zu benennen, blieb jedoch an der Oberfläche. Beginnend in den 1970er Jahren, waren die politisch-ökonomischen Institutionen der Nachkriegszeit unter dem Druck veränderter Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit und zwischen Wirtschaft und Politik ins Rutschen geraten und fanden ihre Fähigkeit immer mehr beschnitten, das „freie Spiel der Marktkräfte“ zu korrigieren. Ererbte Institutionen „griffen“ nicht mehr oder verlangten, „liberalisiert“ zu werden, um Platz zu schaffen für eine neue Art gesellschaftlicher Steuerung, nämlich durch von der Politik eingerichtete, ansonsten aber sich selbst überlas-

21 Vgl. Niklas Luhmann, Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag. In: Hans-Hermann Hartwich (Hg.), Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, Opladen 1989, S. 12-16 und Fritz W. Scharpf, Politische Steuerung und politische Institutionen, in: Ebd., S. 17-29.

22 Vgl. Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, Politische Steuerung – Heute?, MPIfG Working Paper Nr. 05/1.

sene Märkte. Bald wurden diese zur führenden Ordnungsmacht, mancherorts schneller und umfassender als anderswo, insgesamt aber überall mit derselben Stoßrichtung. Unter den neuen Bedingungen verloren die alten sozialdemokratischen Konzepte gesellschaftlichen Fortschritts durch politische Lenkung des sozialen Wandels an Plausibilität und machten zunehmend effizienztheoretischen Weltanschauungen Platz, für die die Rolle der Politik darin bestand, das individuelle Handeln so umfassend wie möglich „ökonomischen Gesetzen“ zu unterwerfen und die soziale Ordnung laufend an sich ändernde Erfordernisse des wirtschaftlichen Wettbewerbs und gelingender Kapitalakkumulation anzupassen. Damit war der Steuerungstheorie der 1970er Jahre ihr Gegenstand abhanden gekommen, und zwar nicht nur normativ, insofern als gesellschaftlicher Fortschritt mit ökonomischer Effizienzsteigerung gleichgesetzt wurde, sondern auch technisch-instrumentell: Herauszufinden und zu verwirklichen, was gut ist, wurde im aufziehenden Neoliberalismus Sache des Marktes und der von ihm geleisteten Aggregation der Präferenzen der Individuen hinter deren Rücken. In dem Maße, wie die Politik sich unter dem Druck der Wirtschaft zunehmend in den Dienst der Liberalisierung stellte, hörte die Sozialwissenschaft denn auch auf, von „Steuerung“ zu sprechen, und benannte das, was sie ursprünglich für eins ihrer wichtigsten Themen gehalten hatte, in „governance“ um. Aber der Versuch, so Anschluss an den post-etatistischen Diskurs zu finden, war nicht mehr als ein Rückzugsgefecht. Für dieses hatte das neue Konzept allerdings den Vorteil, dass niemand genau sagen konnte, was es bedeuten sollte, außer vielleicht jede Art von lokaler oder globaler Ordnungsbildung mit oder ohne Staat, unter Beteiligung eines „Netzwerks“ aller irgendwie Beteiligten, ohne Zentrum und ohne Ziel. Wer von *governance* spricht, kann ohne einen Maßstab auskommen, anhand dessen die jeweilige Steuerungsleistung und die von ihr hervorgebrachte Ordnung für unzulänglich befunden werden könnten – es sei denn in Bezug auf ihre „Effizienz“ (nicht umsonst stammt der Begriff aus der Transaktionskostenökonomik!). In jeder anderen Hinsicht ergibt sich der Sinn der Ordnungstiftung immer erst retrospektiv, was natürlich mit dem neoliberalen Credo hervorragend vereinbar ist.²³

...und die Hilflosigkeit der Soziologie

Man mag fragen, warum die Soziologie, soweit sie sich überhaupt noch mit Institutionen und nicht schon nur noch mit Individuen befasste, dem Vordrin-

23 Wenn es allerdings, wie man vermuten darf, bei der Ersetzung von Steuerung durch *governance* darum ging, dem normativ-politischen Problem der Zielfindung zu entkommen, blieb das Manöver erfolglos. „Governance“ ebenso wie „government“ leitet sich von dem lateinischen *gubernare* ab, das nichts anderes bedeutet als steuern (nämlich ein Schiff). *Gubernare* wiederum ist dasselbe Wort wie das griechische κυβερνω, das ebenfalls „steuern“ bedeutet. Von diesem abgeleitet ist übrigens Kybernetik, englisch *cybernetics*, als Bezeichnung für die Theorie selbst steuernder bzw. selbst regulierender, „intelligenter“ Systeme. Auch bei einem Thermostat muss man aber den Sollwert, also beispielsweise die gewünschte Raumtemperatur, wählen und einstellen. Vgl. Wolfgang Streeck, Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus: Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung, in: „WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung“ 1/2009, 13-33.

gen des Neoliberalismus so rat- und hilflos gegenüberstand.²⁴ Ich vermute, dass dies zumindest in Deutschland daran lag, dass sie in den 1970er und 1980er Jahren ein zweites Mal die Wirtschaft an die Ökonomie abgetreten hatte, aus Berührungsangst gegenüber Marxismus und Neomarxismus und unter dem Druck der Gegenbewegung zu „1968“.²⁵ So hatte sie zu den neuen politisch-ökonomischen Konflikten nichts zu sagen. Ohne den analytischen Apparat einer politischen Ökonomie des Kapitalismus und seiner Eigendynamik ließen sich die Verweigerung des Kapitals gegenüber den politischen Bewährungsaufgaben der Nachkriegszeit und der Wiederaufstieg des Marktes zur dominanten gesellschaftlichen Ordnungsmacht ebenso wenig verstehen wie etwa die sich durchsetzende Auffassung des liberalen Korporatismus als Problem statt als Lösung – als Effizienzproblem statt als Gerechtigkeitslösung – oder die zunehmende Ökonomisierung des Alltagslebens als neue Form sozialer Disziplinierung und Gegenmittel gegen die in den 1970er Jahren am Horizont aufgezugene *revolution of rising expectations*, in Gestalt von verschärfter Konkurrenz und der Ersetzung sozialer Normen durch wirtschaftliche Belohnungen und Bestrafungen.

Es brauchte eine gewisse Zeit, bis die ehemalige Steuerungstheorie erkannte, dass ihr Ende und das des „sozialdemokratischen Zeitalters“ alles andere als das Ende gesellschaftlicher Steuerung war. Auch der siegreiche Neoliberalismus steuert und steuert die Gesellschaft, und auch er verfolgt ein kollektives Transformationsprojekt. Allerdings unterscheidet sich dieses von der Reformpolitik der 1970er Jahre, zu der die Sozialwissenschaften beizutragen versucht hatten. Wieder geht es um Modernisierung, und erneut als alternativloses und selbst erklärendes Ziel, diesmal freilich nicht verstanden als Sicherung und Ausbau sozialer Bürgerrechte – als politische Nutzung wirtschaftlichen Fortschritts für gesellschaftlichen, oder in der Sprache der damaligen Zeit: als Versuch, in einem „modernem Deutschland“ „mehr Demokratie [zu] wagen“ –, sondern als Rationalisierung und Effizienzsteigerung.

Der neue Liberalismus steuert die Gesellschaft, indem er ihre Märkte von marktverzerrenden und damit effizienzverzehrenden Institutionen befreit und ihre Verteilungsergebnisse als intendierte Ziele in die Politik importiert – man könnte auch sagen: indem er die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise zur führenden gesellschaftsgestaltenden Kraft erhebt. Der dazu zur Verfügung stehende theoretische Werkzeugkasten besteht zum einen aus dem, was sich Neue Politische Ökonomie nennt: aus Rezepten, abgeleitet aus der neoklassischen Volkswirtschaftslehre, zum Um- und Neubau von Institutionen wie Demokratie, Tarifautonomie, sozialer Sicherung usw. zur Bekämpfung von *moral hazards* jeglicher Art mittels maximaler Durchsetzung von „Eigenverantwortung“, Privatisierung und Staatsentlastung.²⁶ Als „Mikrofundierung“ dient dabei, zum anderen, eine hochvereinfachte Theo-

24 Und ihr zum Beispiel die Affinität des Luhmannschen Differenzierungsmodells mit der anbrechenden Hayekisierung der politischen Ökonomie des OECD-Kapitalismus nicht ins Auge fiel.

25 Ein zweites Mal nach den 1920ern (und den 1960ern in den USA); in beiden Fällen ging es um die Etablierung der Soziologie als akademische Disziplin auf einem abgegrenzten, „eigenen“ Territorium.

26 In traditioneller Formulierung: mittels Rückgängigmachung jeder Art von Dekommodifizierung bzw. größtmöglicher Rekommodifizierung der sozialen Beziehungen.

rie individuellen Handelns als *rational choice*, angeschlossen an das Modell des *Homo oeconomicus*, die es möglich machen soll, das Handeln von als strikt nutzenmaximierend vorgestellten Individuen durch gezielt gesetzte Anreize und Ausmerzung von Fehlanreizen („Anreizkompatibilität“) von oben und außen zu steuern – ein wegen seiner Einfachheit und politischen Voraussetzungslosigkeit der Emanzipationsrhetorik der 1960er und 1970er Jahre pragmatisch weit überlegenes Steuerungsmodell.

Von der Gesellschaftsteuerung zur sozialen Kontrolle

Die Ökonomisierung der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften unter dem Vorzeichen des neuen Liberalismus bereitete den Weg für neuartige, individualisierte Formen der sozialen Kontrolle. Von diesen gibt es viele. Gemeinsam ist ihnen, dass es nicht mehr ein durch Institutionen ermöglichtes kollektives Handeln ist, das gesteuert bzw. gesteuert werden soll, sondern das Handeln von Individuen. Individualisierte soziale Kontrolle erfolgt unter Ausschaltung öffentlicher, „korporatistischer“ Zwischeninstanzen vermittelt individueller Reize und Reaktionen im Rahmen „anreizkompatibel“ umstrukturierter Institutionen, die nur insoweit problematisiert werden, als ihre Anreizkompatibilität zu wünschen übrig lässt. Die zu steuernden Individuen werden dabei direkt und gewissermaßen reichsunmittelbar positiven wie negativen, ihr Nutzenniveau beeinflussenden Sanktionen ausgesetzt, deren Herkunft und Absicht sie nicht durchschauen müssen, um auf sie in der gewünschten Weise zu reagieren, und oft auch nicht durchschauen sollen. Individualisierte Einzelfallsteuerung nach dem Ende der gesellschaftspolitischen Großprojekte stützt sich zum Teil auf wissenschaftliche, wenn auch nicht sozialwissenschaftliche Theorien, also allgemeine Aussagen über Zusammenhänge zwischen messbaren Variablen, die den Einzelfall mehr oder weniger stochastisch zutreffend vorhersagen. Ich möchte kurz vier Beispiele herausgreifen:

1. Die nun schon nicht mehr ganz so neue *Verhaltensökonomik* versucht, das durch logische Deduktion gewonnene Modell des *Homo oeconomicus*, wo es für die Praxis individualisierter Steuerung unzureichend genau ist, durch empirisches Wissen über eine für eine solche gehaltene menschliche Natur zu verfeinern und dadurch die Effektivität von zur Erzeugung erwünschter Reaktionen eingesetzten Reizen zu verbessern. Im Experiment herauspräparierte Verhaltensmuster werden dabei als (evolutions-)biologisch hart verdrahtet naturalisiert. Dahinter steht die Hoffnung, dass sie auch und gerade dann zur Verhaltenssteuerung genutzt werden können, wenn die Steuerungsabsicht im Dunkeln bleibt; *nudges* sollen *by default* funktionieren, ohne dass sie als solche erkannt werden. Ich lasse dahingestellt, ob es ausreicht, hier von *benevolent*, *soft* oder *libertarian paternalism*²⁷ zu sprechen, oder ob stärkere Ausdrücke angesagt sind; wie groß die Hoffnungen

27 Alternativ: *soft* oder *libertarian paternalism*.

der postliberalen Gesellschaftsteuerer auf die neue Technik sind, wurde deutlich, als der amerikanische Präsident einen ihrer Erfinder als innenpolitischen Berater ins Weiße Haus holte und das deutsche Bundeskanzleramt kürzlich mit der üblichen Zeitverzögerung per Anzeige nach verhaltensökonomisch geschulten Mitarbeitern für seinen Planungsstab suchte.

2. Die gegenwärtig ausufernde *Glücksforschung* sucht nach den psychischen oder sozialpsychologischen Korrelaten individuellen Wohlfühls, in der Hoffnung, ökonomisch effiziente, das heißt vergleichsweise politisch preiswerte Wege zu seiner gezielten Erzeugung zu finden. Ähnlich wie bei der Human-Relations-Forschung in der Industriesoziologie der Zwischenkriegszeit besteht die erkenntnisleitende Hoffnung darin, dass es weniger anspruchsvolle Mittel zur Zufriedenstellung von Menschen geben müsste als ein ausreichendes Einkommen, soziale Sicherheit, geringe Ungleichheit und demokratische Mitspracherechte. So glaubten die an den Hawthorne-Experimenten der 1930er Jahre beteiligten Forscher eine Zeit lang, produktivitätssteigernde gute Gefühle bei Bandarbeiterinnen allein durch Bekundung menschlichen Interesses auslösen zu können. Spätestens jedoch, als sich bei den Versuchspersonen die Überzeugung ausbildete, dass die neuen Nettigkeiten Lohnhöhungen ersetzen sollten, erwies sich dies als Irrtum. Moderne Glücksforscher suchen nach Instrumenten, die weniger anfällig dafür sind, durchschaut zu werden.²⁸

3. Weit fortgeschrittener sind heute *pharmakologische* Techniken der Verhaltenssteuerung. Der Boom bei Prozac und Ritalin, der mit der Zunahme des Konkurrenz- und Karrieredrucks in der neoliberalen Ära einherging, steht für den mittlerweile riesengroßen Weltmarkt für leistungsfördernde Psychopharmaka. Vor allem in den USA fällt sein Wachstum auf eigenartige Weise mit einer punitiven Drogenpolitik zusammen, die ganze Länder an der kapitalistischen Peripherie im Rahmen des sogenannten *war on drugs* zu *failed states* macht und in den Vereinigten Staaten selber die Gefängnisindustrie zu astronomischen Kosten mit Insassen, überwiegend Schwarze und Latinos, versorgt. Gleichzeitig wird verbündeten afghanischen und anderen Warlords kein Panzer in den Weg gestellt, wenn sie ihren erheblichen Finanzbedarf durch Anbau ebenjener illegalen Drogen decken, die im amerikanischen Mutterland die Überschussbevölkerung ruhigstellen, teils als vor sich hin dämmernde Suchtkranke, teils als deren kleinhandlerische Lieferanten, beide ständig mit einem Bein im Gefängnis.²⁹ Während ethnische Märkte für *leistungsersetzende* Drogen zugleich verfolgt und geduldet werden, nach dem Muster der Prohibition, machen die börsennotierten Großunternehmen

28 Siehe in diesem Zusammenhang die kürzlich von der Bundesregierung für 2015 angekündigte landesweite Versammlungswelle, bei der „die Bürger“ der Kanzlerin und ihren Kabinettsmitgliedern darüber Mitteilung machen sollen, was sie unter einem „guten Leben“ verstehen.

29 Wobei in Bezug auf das Wegsperrten erstaunliche Unterschiede bestehen zwischen den anonymen *users* in den Ghettos und den *celebrities* der Film-, Fernseh- und Musikindustrie. Würden diese auch nur annähernd nach denselben Maßstäben eingesperrt wie jene, könnten Rap-Konzerte und Filmaufnahmen wohl nur noch im Gefängnis stattfinden. Möglicherweise hat die Nachsicht gegenüber den populären Großnutzern die Funktion, den Drogengebrauch zu Zwecken grenzenloser Leistungs- und Gewinnsteigerung legitim erscheinen zu lassen, selbst dann, wenn er um der Verhinderung von *Leistungsverweigerung* willen nicht legal sein kann.

mit ihren gigantischen Forschungsabteilungen und -aufträgen, deren leistungsfördernde Drogen die unter Optimierungszwang stehenden Marktabhängigen wettbewerbsfähig halten, jedes Vorstellungsvermögen übersteigende Superprofite.

4. Ich sehe keinen Grund, in diesem Zusammenhang nicht auch die von der amerikanischen Regierung 2013 angekündigte *BRAIN Initiative* (Brain Research through Advancing Innovative Neurotechnologies) zu erwähnen. Bei ihr soll es darum gehen, innerhalb von zehn Jahren, mit einem Budget von drei Milliarden Dollar, sämtliche Neuronen des menschlichen Gehirns zu kartieren. Die dabei anfallenden wissenschaftlichen Erkenntnisse könnten es möglich machen, Verhalten viel besser als heute physiologisch, pharmazeutisch oder biophysikalisch zu beeinflussen. Nicht umsonst wird als Vorbild der BRAIN-Initiative immer wieder das Manhattan-Projekt bemüht, bei dem es ja auch weniger um reine Erkenntnis ging als um Ingenieurwissen. Ein besseres Verständnis der Produktion und Wirkungsweise von Dopamin im sogenannten Belohnungszentrum des menschlichen Gehirns könnte etwa die pharmazeutische Behebung unzulänglicher Leistungsbereitschaft erleichtern, möglicherweise sogar durch Individualisierung der Therapie nach Maßgabe der jeweiligen genetischen Ausstattung. Dies würde nicht nur die Glücksforschung zu einer „richtigen Wissenschaft“ machen, sondern auch, bei entsprechenden Fortschritten der Grundlagenforschung, die Verhaltensökonomie in der Hirnforschung aufgehen lassen – ein Ziel, das der sogenannten Neuroökonomie schon heute verlockend vor Augen steht.

Big Data – von der Theorie zum Algorithmus

Noch näher an das Individuum heran kommen Formen sozialer Kontrolle, die sich nicht mehr auf Theorien stützen, sondern auf die Kenntnis einer bislang unzählbaren Anzahl von Einzelfällen, bis hin zur Grundgesamtheit aller jeweils betroffenen Personen. Ihre technische Voraussetzung ist *Big Data*: die mittlerweile reale Möglichkeit, praktisch unendlich große Datenmengen zu speichern und in kürzester Zeit zu verarbeiten. Soziologie als Steuerungswissenschaft wird damit endgültig obsolet. An ihre Stelle tritt die Ingenieurwissenschaft der Informatik, wobei Theorien Algorithmen Platz machen, die Vorhersagen nicht-stochastischer, auf den Einzelfall bezogener Art ermöglichen sollen, ohne dass man wissen muss, warum sie funktionieren. Ich muss es aus Platzgründen bei vier Beispielen belassen:³⁰

1. Die sogenannten sozialen Netzwerke bilden eine neuartige, vom Individuum her konstruierte, tendenziell globale Infrastruktur *sekundärer Vergesellschaftung*, die sich im Privateigentum weniger weltumspannender Großunternehmen befindet. Die bei Kommunikation und Selbstpräsentation

³⁰ Siehe auch das am MIT mit erheblichem Aufwand betriebene Projekt einer „sozialen Physik“, bei dem es darum geht, durch Nutzung der Verbindungsdaten von Mobiltelefonen Innovationen zu beschleunigen, den Profit von Investornetzwerken zu erhöhen oder die Produktivität von Arbeitsgruppen zu steigern.

mittels „des Netzes“ anfallenden Informationen können von den Netzentralen grundsätzlich zu beliebigen Zwecken verarbeitet, verwendet und weiterverkauft werden. Auch können sich staatliche Überwachungsbehörden jederzeit, legal oder illegal, einklinken und das Datenmaterial zum Aufbau einer im Prinzip weltumspannenden Einwohnermeldedatei verwenden. In dem Maße, wie die beteiligten Individuen die neue elektronische Infrastruktur auch für kommerzielle Transaktionen nutzen, wird durch Eliminierung sogenannter Streuverluste und radikale Senkung der Transaktionskosten eine bislang unvorstellbar präzise *Individualisierung von Produktwerbung* möglich. Dies bringt eine der wichtigsten Techniken sozialer Kontrolle auf den Stand der Märkte und Produktionstechnologien nach dem Ende des fordistischen Zeitalters und der Entdeckung von Angebotsdifferenzierung und -individualisierung als Triebkraft für beschleunigten Produkt- und Bedürfnisumschlag, für Innovation und Obsoleszenz, Wachstum und kreative Zerstörung zur Sicherung fortgesetzter Kapitalverwertung unter Bedingungen gesättigter Märkte.

2. Der individualistische Voluntarismus der neuen Vergesellschaftungsformen könnte einer die Wirksamkeit sozialer Kontrolle verstärkenden *Fragmentierung und Tribalisierung der Sozialstruktur* den Weg bereiten. Die mit der Digitalisierung der sozialen Beziehungen einschließlich der Absatzkanäle von Unternehmen einhergehende Ausweitung der individuellen Wahlmöglichkeiten bedeutet zugleich eine Ausweitung der Möglichkeiten zur Abwahl. Damit werden zufällige Konfrontationen mit Unbekanntem und vielleicht nur aus Unkenntnis Nichtgewähltem ausgeschlossen, und potentiell produktive Irritationen einmal getroffener Identitätsentscheidungen bleiben aus. Dies gilt nicht nur für die Informationsaufnahme, bei der man schon heute voreinstellen kann, was man in seinem täglichen Nachrichtenblock finden will und was nicht, sondern auch für den Konsum von Produkten der Kulturindustrie, der zunehmend monadenhaft, nach selbst zusammengestelltem, persönlichem Programm am jeweils eigenen Kopfhörer oder Tablet-Bildschirm stattfindet.

3. Eine andere Form der Balkanisierung sozialer Strukturen durch individualisierte Informationstechnologien ist seit einiger Zeit in amerikanischen *Wahlkämpfen* zu beobachten. Hier treten kommerzielle Firmen auf, die den Parteien durch Zusammenführung von Datenbanken unterschiedlichster Art mit von Wahlhelfern eingespeisten personenbezogenen Informationen genaue Kenntnisse über jeden einzelnen in einem Wahlkreis ansässigen Bürger verkaufen. Dadurch können die Parteien ihre Wahlkampf Bemühungen auf nicht festgelegte Wähler in der Mitte des politischen Spektrums konzentrieren, unter Vernachlässigung sowohl der eigenen Stammwähler als auch derjenigen der Gegenseite. Während die einen damit alle Möglichkeiten verlieren, ihre Partei zu beeinflussen, bleiben den anderen potentiell verstörende Argumente erspart; statt dessen werden die Unentschiedenen, soweit von ihnen erwartet werden kann, dass sie zur Wahl gehen und dann die richtige Partei wählen werden, mit genau den Stimuli bearbeitet, die den Daten zufolge am ehesten Erfolg versprechen. Individualisierte Datenbe-

stände, die das erwartbare Wahlverhalten bis auf die Ebene von Straßenabschnitten oder Wohnblöcken hinunterbrechen lassen, können des Weiteren von den Mehrheitsfraktionen der jeweils zuständigen Parlamente genutzt werden, um die Grenzen von Wahlkreisen so zu ziehen, dass ihre Wahlergebnisse sicher sind, auch indem ethnische Minderheiten oder wankelmütige Wählergruppen in eigene Wahlkreise aussortiert werden.

4. Datengestützte Individualisierung sozialer Kontrolle ermöglicht eine Weiterentwicklung traditioneller Methoden der Aufstandsbekämpfung an der kapitalistischen Peripherie. Die sozialwissenschaftlichen Versprechungen der 1950er und 1960er Jahre, Aufstände vorab kommen zu sehen und Rezepte zum Aufbau von sich verlässlich selbst regierenden Gesellschaften liefern zu können, haben sich schon lange als illusionär erwiesen. Heute ist die Politik anspruchloser geworden und verzichtet auf unsichere kollektiv-politische zugunsten sichererer individuell-technologischer Lösungen: *counterterrorism* durch *targeted killing* statt *counterinsurgency* durch *nation-building* – zumal Letzteres in die falsche Richtung gehen und Regierungen hervorbringen kann, die ihren eigenen Willen oder gar eigene Ansichten über angemessene Rohstoffpreise haben. Wer die tatsächlichen oder potentiellen oder auch nur als solche gebrandmarkten Terroristen gezielt ausschalten kann, muss sich um die Verhältnisse, aus denen sie hervorgegangen sind, ebenso wenig kümmern wie um die wachsende Zahl der staatsfreien Gesellschaften an den Grenzen des Imperiums. Soziale Kontrolle und Ordnungstiftung durch individuelle Liquidierung funktioniert theorielos, allerdings im erforderlich gewordenen Ausmaß und als Ersatz für *boots on the ground* wiederum nur mit Hilfe von *Big Data*: man muss wissen, wer was vorhat oder vorhaben könnte und wo er sich gerade aufhält, um die richtigen Ziele identifizieren und auslöschen zu können.³¹

Der Schlusssatz ergibt sich von selbst. Wenn die Soziologie nicht mehr als Anleitung zur Gesellschaftssteuerung gebraucht wird, dann hat soziologische Forschung *über* Gesellschaftssteuerung eine umso größere Zukunft – und sollte höchste Priorität haben.

31 Das derzeit wichtigste einschlägige Experimentierfeld hierfür scheint die jeglicher „informationeller Selbstbestimmung“ – und nicht nur dieser – beraubte Bevölkerung des Gaza-Streifens zu sein, deren Verbindungsdaten und Bewegungsbilder für den israelischen Geheimdienst ein offenes Buch sind. Am 12.9.2014 verweigerten 43 Offiziere und Soldaten der auf Massenüberwachung spezialisierten Elite-Einheit Unit 8200 des israelischen Geheimdienstes in einem Brief an den Premierminister den Dienst, weil sie die von ihnen anzuwendenden Methoden nicht mehr verantworten wollten. In dem Brief heißt es: „Die palästinensische Bevölkerung unter Militärherrschaft ist der Spionage und Überwachung durch den israelischen Geheimdienst vollkommen ausgesetzt. [...] Gesammelte und gespeicherte Informationen werden für die politische Verfolgung genutzt sowie dafür, die palästinensische Gesellschaft zu spalten, indem Kollaborateure angeworben und Teile der palästinensischen Gesellschaft gegen sich selbst aufgebracht werden. Die Spionage ermöglicht die fortlaufende Kontrolle über Millionen von Menschen durch tief greifende und aufdringliche Überwachung und Eingriffe in die meisten Bereiche des Lebens.“, zit. nach David Shulman, Gaza: The Murderous Melodrama, in: „New York Review of Books“, 20.11.2014, Übers. d. Red.